

Richtungsentscheidung

Demokratie oder Einparteiendiktatur?

Fünfzehn Jahre sind seit Beendigung des Bürgerkrieges vergangen und dennoch scheint in Kambodscha immer noch die Vergangenheit, und nicht die Zukunft die Politik des Landes zu bestimmen.

Raimund Weiß

Wir schreiben das Jahr 2008. Ein demokratisches Kambodscha mutet wie eine politische Illusion an. Immer noch hat nur eine Partei die entscheidende politische Macht im Land: Die post-sozialistische Volkspartei Kampuchea unter Ministerpräsident Hun Sen. Von der ursprünglichen Demokratisierung des Landes ist wenig geblieben. Heute gleicht die Politordnung Kambodschas mehr einem Einparteiensystem mit neo-liberaler Marktwirtschaft, als einem funktionierenden Mehrparteiensystem, obwohl bereits drei demokratische Parlamentswahlen und zwei Kommunalwahlen durchgeführt wurden. Die Volkspartei Kampuchea hat dabei gezeigt, wie Einpartei-herrschaft auch mit demokratischen Wahlen möglich ist. 1998 gewann sie 41 Prozent der Wählerstimmen (1993: 38 Prozent), im Jahr 2003 bereits 47 Prozent. Die Kommunalwahlen in den Jahren 2002 (60 Prozent) und 2007 (61 Prozent) konnte sie ebenfalls für sich entscheiden. Auch die indirekten Senatswahlen 2006 sicherten ihre Macht weiter ab (45 von 57 Senatssitzen). Zudem ist mit Chea Sim ein führendes Mitglied der Volkspartei Kampuchea zum Senatspräsidenten ernannt worden. Dieser kann laut kambodschanischer Verfassung im Fall der Abwesenheit des Königs internationale Verträge für ihn unterzeichnen.

FUNCINPEC spielt kaum noch in Rolle

Dagegen ist vom einstigen Wahlsieg der pro-demokratischen royalistischen FUNCINPEC aus dem Jahr 1993, welche vom ehemaligen König Norodom Sihanouk im Jahr 1981 gegründet und bis zum Jahr 2006 von seinem Sohn Prinz Norodom Ranariddh geführt wurde, wenig politische Macht geblieben. Damals gewann die FUNCINPEC noch 45 Prozent der

Wählerstimmen. 1998 verlor sie jedoch im Gegensatz zu ihrem ersten Wahlsieg 13 Prozent der Stimmen, im Jahr 2003 weitere zehn Prozent. Gleichzeitig geriet sie immer mehr ins politische Abseits, obwohl sie in allen Regierungen der vergangenen fünfzehn Jahre vertreten war. Im Dezember 2006 traten Prinz Norodom Ranariddh und zwei seiner Parteikollegen dann auch noch aus der Partei aus. Heute führt der ehemalige erste Ministerpräsident Kambodschas und FUNCINPEC-Parteiführer nur mehr eine unbedeutende ultra-nationalistische und anti-vietnamesische Kleinpartei namens »Khmer Front Partei«, die sich inzwischen *Norodom Ranariddh Partei* (NRP) nennt. Die FUNCINPEC wurde zwar nicht aufgelöst, gilt heute aber nur mehr als Anhängsel der Volkspartei Kampuchea. Ihre Führung übernahm Nhiek Bun Chhay, einst ein hochrangiger FUNCINPEC-Militär-general. Die von der pro-westlichen kambodschanischen und auch von Teilen der internationalen Öffentlichkeit lange Zeit getragene FUNCINPEC ist offenbar wegen ihrer Vietnamfeindlichkeit, ihrer zwielichtigen Bündnisse mit den Roten Khmer in der Juli-Krise 1997 und Korruptionsvorwürfen bei der Bevölkerung unbeliebt geworden.

SRP verliert politischen Einfluss

Auch die *Sam Rainsy Partei* (SRP), die sich seit Mitte der 1990er Jahre zur einzigen parlamentarischen Opposition des Landes entwickelte und angesichts ihrer Erfolge bei den Parlamentswahlen im Jahr 1998 (14 Prozent) und einem signifikantem Stimmenzugewinn 2003 (22 Prozent) als möglicher politischer Zukunftsträger Kambodschas etablierte, hat an politischem Einfluss verloren. Durch ihre Fundamentalopposition gegen die Volkspartei Kampuchea hat sie nicht nur die Polarisierungen des vergangenen Bürgerkrieges mitgetragen, sondern auch noch mit ihrem anti-vietnamesischem Nationalismus ihren politischen Spielraum im Land geschwächt. Zuletzt machte sie dann auch noch mit einem Parlaments- und Regierungsboykott nach den Parlamentswahlen 2003 auf sich aufmerksam, obwohl die Wahlen ei-

Der Autor promovierte zu »Politkultur und Konflikt in Kambodscha – Strukturen, Bruchlinien und Entwicklungsmuster«. Kontakt: weissmr@yahoo.com.

nen klaren Regierungsauftrag für die Volkspartei Kampuchea gebracht hatten.

Die Konflikte um die Regierungsbildung führten letztendlich auch zum Bruch mit der FUNCINPEC, ihrem ehemals langjährigen Verbündeten. Diese unterstützt nun vorbehaltlos die Volkspartei Kampuchea, um die einzige parlamentarische Oppositionspartei aus der kambodschanischen Öffentlichkeit zu verbannen. Der Bruch zwischen der SRP und FUNCINPEC beendete zugleich auch Spekulationen über einen raschen demokratischen Machtwechsel. Mit einem Zusammenschluss beider Parteien wäre der Volkspartei Kampuchea bereits bei den Parlamentswahlen 1998 und 2003 ein ernsthafterer Gegner erwachsen. 2004 wurde der SRP denn auch erstmals vorgeworfen, eine ›Schattenarmee‹ zum Sturz der Regierung der Volkspartei Kampuchea eingerichtet zu haben. Ein SRP Mitglied wurde zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt. Problematisch bis heute ist aber auch, und das scheint in den schwierigen Konflikten zwischen der SRP und Volkspartei Kampuchea noch viel bedeutender zu sein, dass die Ermordung des ehemals der SRP nahestehenden Gewerkschaftspräsidenten Chea Vichea nicht aufgeklärt wurde. Auch wenn der Mord im Januar 2004 bis heute nicht der Volkspartei Kampuchea angelastet werden kann und es auch für unabhängige Beobachter unmöglich ist, diesen Mordfall zu beurteilen. Eines scheint klar: Die unter anderem von der EU finanzierte kambodschanische Menschenrechtsorganisation LICADHO in Phnom Penh äußert bis heute starke Zweifel daran, ob die zwei Beschuldigten, die ein halbes Jahr nach dem Mord verhaftet wurden und sich mittlerweile schon seit achtzehn Monaten in Untersuchungshaft befinden, auch wirklich die wahren Täter sind (www.licadho.org). Hun Sen verteidigte sich jedenfalls gegen die Vorwürfe mit einer Verleumdungsklage gegen den Oppositionsführer. Sam Rainsy musste ins Exil flüchten. Erst im Februar 2006 konnte er ins Land zurückkehren. Der neue kambodschanische König Norodom Sihamoni (ein weiterer Sohn von Norodom Sihanouk neben Norodom Ranariddh) hatte eine ›Amnestie‹ erwirkt, nachdem die EU, allen voran die französische Regierung, die Volkspartei Kampuchea unter Druck gesetzt hatte. (Die ehemalige Kolonialmacht ist das bevorzugte Exilland von Sam Rainsy und dem ehemaligen Ministerpräsidenten und FUNCINPEC Parteiführer Ranariddh).

Neben der FUNCINPEC und SRP schaffte es in den vergangenen 15 Jahren auch keine andere politische Partei, sich gegenüber der inzwischen übermächtigen Volkspartei Kampuchea zu behaupten. Keine gewann je mehr als zwei Prozent der Wählerstimmen bei vergangenen Wahlen. Selbst die *Buddhistische Liberal-Demokratische Partei* (BLDP), einst eine wichtige Bürgerkriegsfraktion unter Führung von Son Sann mit republikanisch-demokratischer, aber auch anti-vietnamesisch nationalistischer Ausrich-

tung, hat heute keinerlei politische Bedeutung mehr. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1993 gewann sie immerhin noch vier Prozent der Stimmen, schied aber bereits bei den Wahlen 1998 aus dem Parlament aus. Auch einzelne, in den letzten Jahren der kambodschanischen Öffentlichkeit bekannt gewordene, oppositionelle Führungspersonlichkeiten dürften sich mit Parteineugründungen bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Juli 2008 kaum zu ernsthaften politischen Herausforderern für die Volkspartei Kampuchea und Ministerpräsident Hun Sen entwickeln. Zu diesen zählt beispielsweise Kem Sokha. Er war zunächst Abgeordneter für die BLDP in den Jahren 1993 bis 1998, dann FUNCINPEC-Senator in den Jahren 1998 bis 2002. Heute ist Kem Sokha nur mehr wegen seiner Menschenrechtsorganisation *Cambodian Centre for Human Rights* (CCHR) im Land bekannt.

Was erhofft man sich für die Zukunft?

Vor diesem Hintergrund kann die heutige Entwicklung des Landes wohl nur noch von den Regierungen in Vietnam, Laos, China und Burma gutgeheißen werden. Diese dürften es gar als ›politisch innovativ‹ ansehen, dass selbst mit demokratischen Wahlen eine Einparteienherrschaft möglich ist. Dem demokratischen Block der internationalen Staatengemeinschaft dagegen dürfte diese Entwicklung gar nicht gefallen. Die EU beispielsweise unterstützt, neben den USA, schon seit Jahren Nicht-Regierungsorganisationen, aber auch die Regierung, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Auch gibt es immer wieder Proteste, wenn wieder einmal Oppositionelle inhaftiert, Mordfälle nicht aufgeklärt oder die Medienfreiheit eingeschränkt wird. Aber was ist gegen eine übermächtige Volkspartei Kampuchea zu tun, die zudem seit Bürgerkriegsende mit wirtschaftlichen Teilerfolgen, Repressionen, Einschüchterung und wirtschaftlicher Ausgrenzung ihre politischen Kontrahenten – auch wenn dies zum Teil selbstverschuldet ist – in dem bitterarmen Land auszuhebeln wusste und noch dazu alle Parlaments-, Senats- und Kommunalwahlen seit 1998 glaubwürdig für sich entscheiden konnte? Es bleibt wohl nur mehr zu fordern, dass die Volkspartei Kampuchea unter Ministerpräsident Hun Sen ihrer Übermacht endlich demokratische Fortschritte folgen lässt, wie die dringend notwendige Anerkennung von Oppositionsparteien und die aktive Förderung des Mehrparteiensystems. Andernfalls könnte Kambodscha bald zu den post-sozialistischen Entwicklungsdiktaturen Asiens gehören. Vielleicht aber ist genau das der von ihr gewünschte Weg.